

**Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom
24.01.2012**

hier: Schädlicher Alkoholkonsum Minderjähriger in Düsseldorf

AGS-Sitzung am 22.02.2012

(es gilt das gesprochene Wort)

Frage 1: Wie viele Kinder und Jugendliche welchen Alters wurden in 2010 und 2011 in Düsseldorf wegen einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert ?

Antwort: Im Jahr 2010 wurden in Düsseldorf 98 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren aufgrund von Alkoholvergiftungen stationär behandelt, darunter 58 Jungen und 40 Mädchen. Dazu kamen 77 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren (45 Männer und 32 Frauen). Entsprechende Daten für das Jahr 2011 liegen noch nicht vor.

Insgesamt ist damit die Zahl der Krankenhausaufnahmen von 195 im Jahr 2009 auf 175 zurückgegangen. Allerdings betrifft der rückläufige Trend nur die über 18-Jährigen (2009: 112), während die Anzahl an stationären Aufnahmen bei minderjährigen Komatrinkern zugenommen hat (2009: 83 Jugendliche). Ein Vergleich der einzelnen Altersgruppen zeigt, dass die Zahl der Einweisungen ab 16 Jahren ansteigt.

Frage 2: Werden aufgrund stationärer Behandlungen sich besinnungslos getrunkenen Minderjähriger das Jugendamt oder freie Träger eingeschaltet, wenn ja, welche Maßnahmen werden ergriffen, wenn nein, warum nicht?

Antwort:: Der Caritasverband Düsseldorf bietet seit Ende 2011 im Rahmen des Bundesmodellprogramms HaLT den Jugendlichen und ihren Eltern nach einem Krankenhausaufenthalt nachgehende Beratung und Begleitung sowohl in Form von Einzelgesprächen als auch als Gruppensitzungen nach einem Krankenhausaufenthalt an. Der Kontakt wird durch das jeweils behandelnde Krankenhaus im Falle des Vorliegens einer entsprechenden Einverständniserklärung initiiert. Im Rahmen der Zusammenarbeit beteiligen sich hieran die Universitätsklinik, das Marienhospital und das Evangelische Krankenhaus.

Das Bundesmodellprogramm HaLT setzt gezielt bei der Bekämpfung exzessiven Alkoholkonsums an. Das Projekt sieht einen reaktiven Baustein vor, mit dem bereits auffälligen Kindern und Jugendlichen und deren Eltern konkrete Angebote gemacht werden, und einen proaktiven Baustein, mit dem die unterschiedlichen kommunalen Einrichtungen miteinander vernetzt und gemeinsame Aktionen geplant und durchgeführt werden (z. B. zu Karneval).

Die Maßnahmen werden durch das seit April 2010 laufende Projekt „Standfest“ der Diakonie Düsseldorf unterstützt. Das Projekt ist ein aufsuchendes Angebot auf Open-Air-Veranstaltungen und in der Party-Club-Szene von Düsseldorf. Geschulte Gleichaltrige leiten riskant kon-

sumierende Jugendliche zur Reflexion ihres Verhaltens an und vermitteln Informationen und Anlaufstellen.

Als flankierende Maßnahmen schreibt der Ordnungs- und Sicherheitsdienst der Landeshauptstadt Düsseldorf alle Eltern an, deren minderjährige Kinder mit Alkoholkonsum aufgegriffen werden. In dem Brief werden die Eltern über den Alkoholmissbrauch ihrer Kinder und die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken informiert. Mit dem Anschreiben wird eine Broschüre des Gesundheitsamtes mit allen Anlaufstellen der Suchtprävention versandt. Das Jugendamt und der Kriminalpräventive Rat werden über alle Aktivitäten laufend informiert und bei Bedarf einbezogen.

Frage 3: Welche Projekte und Aktionen zur Prävention und Aufklärung finden in Düsseldorf im schulischen und außerschulischen Bereich statt und was unternimmt die Stadt zusätzlich zur Eindämmung des Alkoholkonsums (Einschränkung der Alkoholabgabe, Einhaltung des Jugendschutzes)

Antwort: Die Träger der Suchtkrankenhilfe führen suchtpreventive Maßnahmen im Rahmen der laufenden Jahresprogramme im gesamten Stadtgebiet durch. Häufig fordern die Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen die Aktivitäten von sich aus an. Mit Beschluss vom 23.11. 2011 hat der Ausschuss für Gesundheit und Soziales die Gesundheitsverwaltung beauftragt, eine Übersicht über das vorhandene Hilfsangebot im Sucht- und Drogenbereich zu erstellen. Die geplante Übersicht wird auch die suchtpreventiven Maßnahmen durch die Träger ausweisen. Darüber hinaus führen weitere Akteure, wie zum Beispiel die Ärztekammer, die Krankenkassen oder der Landessportbund präventive Angebote in Kindertageseinrichtungen und Schulen durch. Das Gesundheitsamt wird hierzu eine Bestandserhebung durchführen.